

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Niedersächsischer Beamtenbund und
Tarifunion
z.Hd. Herrn Zimbehl & Herrn Dr. Peter Specke
Raffaelstraße 4
30177 Hannover

Hannover, 19. Juli 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen selbstverständlich gerne beantworten.

- **Frage 1 zur Personalausstattung:**

Das hohe Leistungsniveau des öffentlichen Dienstes und die Qualität der Leistungen in Niedersachsen müssen auch in Zukunft gesichert werden. Dafür bedarf es insbesondere genügend Personal. Umso alarmierender ist der zu erwartende Personalmangel in den kommenden zehn Jahren. Durch den demographischen Wandel werden bis zu einem Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen.

Leider ignoriert die aktuelle Landesregierung diese Entwicklung konsequent. Nach Ansicht der Freien Demokraten bedarf es schnellstmöglich einer Personaloffensive. Dafür muss der öffentliche Dienst in Niedersachsen in allen Bereichen wieder attraktiver werden. Insbesondere bei den Arbeitsbedingungen sowie der Besoldung/Bezahlung. Derzeit ist Niedersachsen in beiden Bereichen kaum konkurrenzfähig.

- **Frage 2 zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes:**

Damit der öffentliche Dienst in Niedersachsen wieder attraktiver und konkurrenzfähiger wird, bedarf es großer Anstrengungen. In erster Linie müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Die Gebäude, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten und die Sachmittelausstattung, die teilweise zur Verfügung steht bzw. nicht zur Verfügung steht, sind schlechtlweg nicht akzeptabel und haben mit Wertschätzung nichts mehr zu tun. In dieser Legislaturperiode hat sich der Sanierungsstau allein bei den Polizeigebäuden auf rund 225 Millionen Euro fast verdoppelt. Die Ratten, die durch einzelne Dienststellen laufen und die wegfaulenden Fenster dürften inzwischen jedem bekannt sein. Die Freien Demokraten werden dieser Verweigerungshaltung der

aktuellen Landesregierung nicht tatenlos zusehen. Wir setzen uns dafür ein, in den nächsten Jahren Kapital in Höhe von 10 Milliarden Euro zu mobilisieren, um den Investitionsstau bei den Landesliegenschaften abzubauen. Wir schlagen mehrere Säulen vor, um dem Investitionsstau endlich effizient, zielgerichtet und nachhaltig zu begegnen. Im Gegensatz zu SPD und Grünen verzichten wir dabei auf Modelle, die mit Staatsschulden finanziert werden.

Aber auch bei der Ausstattung muss dringend gehandelt werden. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass der öffentliche Dienst in Sachen digitaler Ausstattung, wie Laptops, große Lücken aufweist. Es müssen u.a. dringend die Voraussetzungen geschaffen werden, dass jeder Mitarbeiter, dessen Stelle das hergibt, im Homeoffice arbeiten kann, wenn er dies möchte.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bedeutung der Anzahl der Dienstjahre für die Bezahlung von Beschäftigten der Verwaltung zugunsten leistungsbezogener Elemente abgesenkt wird. So sollen durch eine ausdifferenzierte Vergütungsstruktur mehr Aufstiegschancen geschaffen werden. Auch projektbezogene Mehr- und Sonderarbeit und Zuschläge für besondere Aufgaben sollten verstärkt genutzt werden. Die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst sollten ebenfalls mehr Flexibilität zulassen und Auszeiten zur Weiterbildung verstärkt ermöglicht werden.

- **Frage 3 zur Alimentation:**

Die Freien Demokraten setzen sich seit Jahren für eine gestaffelte, lineare Besoldungserhöhung ein. Bereits im Jahr 2018 haben wir beantragt, die Besoldung auf diese Art und Weise um 720 € im Jahr zu erhöhen. Dies wurde leider durch die Große Koalition abgelehnt. Der vor vier Jahren vorgeschlagene Betrag müsste nun selbstverständlich nochmal überprüft und angepasst werden. Mit der stufenweisen Besoldungsanhebung würde der öffentliche Dienst als Arbeitgeber attraktiver, flexibler und moderner. Gleichzeitig würde dadurch die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes bei der Nachwuchsgewinnung gestärkt. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern könnte so ein weiteres Abrutschen in der Besoldungstabelle verhindert und eine verfassungsgemäße Alimentation sichergestellt werden.

- **Frage 4 zur Digitalisierung der Verwaltung:**

Die Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeits- und Alltagsleben macht auch vor der Verwaltung nicht halt. Die Bürgerinnen und Bürger sowie

die Unternehmerinnen und Unternehmer können, sollen und müssen auch vom Staat eine moderne, effiziente, schnelle und serviceorientierte Verwaltung ihrer Belange, Vorhaben und Interessen auf der Höhe der Zeit - dem Stand der Technik - erwarten können.

Niedersachsen ist derzeit weder bei der infrastrukturellen Ausstattung noch bei der Umstellung von Verwaltungsvorgängen und -prozessen im digitalen Zeitalter angekommen. Es fehlt landesweit sowohl an Glasfaserleitungen, WLAN und flächendeckendem leistungsfähigem Mobilfunk als auch an einem einheitlichen Verständnis für die Erfordernisse und die Umsetzung von digitalen Servicedienstleistungen der öffentlichen Hand sowie an einer geeigneten Rechner- und Serverausstattung. Es zeichnet sich seit geraumer Zeit ab, dass Niedersachsen die Vorgaben und Ziele des OZG bis zum 31.12.2022 nicht erreichen wird.

Das Land muss sich jetzt vom Eruiieren, Prüfen und Nachdenken lösen und ins Machen kommen. Hierbei muss das Land eine führende, koordinierende und treibende Kraft für die Digitalisierung und IT-Sicherheit in der niedersächsischen Verwaltung als Servicedienstleister entwickeln. Mit einem unkoordinierten Nebeneinander vieler einzelner Digitalisierungsprojekte geringer Tiefe wird eine leistungsfähige, KI-basierte moderne digitale Verwaltung erst in vielen Jahren den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Dies kann und muss jetzt durch verantwortungsvolles Handeln verhindert werden. Bei allen Maßnahmen müssen die Beschäftigten mitgenommen und frühzeitig qualifiziert werden.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation